

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 3

Artikel: Vom inneren Blickfeld
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159404>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom inneren Blickfeld

Von J a n n v. S p r e c h e r

Das Ergebnis der langwierigen und hartnäckig geführten *Verhandlungen in Washington* ist im Urteil der schweizerischen Presse im allgemeinen mit großer Zurückhaltung wiedergegeben worden. Dies trifft auch für die Presse der Linken zu — sieht man von den täglichen Produktionen des kommunistischen «Vorwärts» ab, der sich auch in diesem Falle wieder als der ausgesprochene Angeber zuhanden des Auslandes erwies, wie man es an ihm gewohnt ist. Nun waren freilich auch in der Gruppe der übrigen Linkspresse während der Verhandlungen ab und zu seltsame Stimmen zu hören, die immer dann in den Vordergrund traten, wenn sich wieder einmal eine schwierige Etappe oder gar der Unterbruch der Verhandlungen einstellte. Da las man denn oftmals Wendungen, die sich in einem sehr offensichtlichen Zureden im Sinne der Kompromißbereitschaft schweizerischerseits gefielen, begründet und bestimmt durch eine unverkennbare Kritik an der seinerzeit erfolgten Übernahme des in Washington zur Verhandlung stehenden Goldes durch die Nationalbank. Von da war es dann nicht mehr weit bis zu einer ganz allgemeinen Kritik an unserer Wirtschaftspolitik während des Krieges überhaupt, und besonders wie sie gegenüber der Achse zwangsläufig geführt werden mußte; auf diese Weise aber konnte die ohnehin schwierige Stellung unserer Unterhändler bestimmt nicht gestärkt werden. Umso erfreulicher war es dann, nach dem Abschluß der Verhandlungen aus einem maßgebenden Wirtschaftsblatt der angelsächsischen Gruppe zu vernehmen, daß es offensichtlich zu einem großen Teile den guten Beziehungen der schweizerischen Wirtschaft, und dabei nicht zuletzt unserer Banken, zu den bestimmenden wirtschaftlichen Kreisen der Vereinigten Staaten zuzuschreiben war, wenn die reichlich weitgehenden französischen Ansprüche am Ende überwunden werden konnten. Bedauerlich wäre dabei nur, daß es auch hier erst der Stimme des Auslandes bedurfte, um diese Dinge einmal richtig zu stellen, in deren Bereich von links her seit geraumer Zeit so viel Unsinn und Tendenz zusammengetragen wird. Im allgemeinen aber kann immerhin gesagt werden, daß es mit der Disziplin unserer Presse gegenüber den Verhandlungen verhältnismäßig gut bestellt war, und am Ende ist eben auch die Zurückhaltung in der Beurteilung des Ergebnisses ziemlich allgemein geblieben.

Dabei ist freilich sowohl im Durchschnitt der großen Presse wie auch in unseren Landorganen dem lebhaften Bedauern über das

endliche Verlassen des schweizerischen Rechtsstandpunktes ziemlich unverhohlen Ausdruck gegeben worden, und der Korrespondent einer Landzeitung aus Bern erging sich gar in äußerst pessimistischen Wendungen in Bezug auf die allgemeinen Wirkungen des nunmehr unterzeichneten Vertragsdokumentes für eine fernere Zukunft, während eine Tageszeitung mit großer Auflage die Meldung kurzerhand unter dem Stichwort «Die Niederlage in Washington» wiedergab. Beides dürfte doch wohl zu weit gehen. Abgesehen davon, daß man mit solchen Wendungen und Schlüssen, wie es geschehen ist, der trefflichen Arbeit unserer Unterhändler kaum gerecht wird, so könnte eine solche Stellungnahme schließlich nur geeignet sein, gerade in jenen späteren Zeiten, an die wir auch hier immer wieder denken müssen, allzu deutlich Zeugnis wider uns selbst abzulegen. Zweifellos mußte der schweizerische Rechtsstandpunkt in doppelter Beziehung verlassen werden: einmal in der Goldfrage, wo wir die rechnerischen Konsequenzen selbst tragen müssen, und dann in der Frage der deutschen Guthaben, wo eine wesentliche Konzession am Ende ebenfalls als unvermeidbar sich erwies. Dort sind aber andere Leute die Leidtragenden. Die Einzelheiten dieses zweifellos äußerst schwerwiegenden Abschnittes des Vertrages von Washington gehen aus dem Wortlaut des Vertragstextes deutlich hervor; letztlich entscheidend erscheint dabei die Feststellung, daß die betreffenden deutschen Gläubiger in Mark abgefunden werden, und die wahre Bedeutung dieser «Abfindung» wird wohl in nicht zu ferner Zukunft allen Beteiligten ziemlich klar sichtbar werden. Hier bleibt nun allerdings die Tatsache, daß die Schweiz zum Nachteil völlig unbeteiligter Privatgläubiger Vermögenswerte zur Verfügung stellen muß, die ihr zu treuen Händen übergeben waren, und man wird sich demgegenüber eben nur darauf berufen können, daß hier in krasser Weise Macht vor Recht gestellt wurde, indem die großen Westmächte in diesem Punkte, wie übrigens bei den Verhandlungen im allgemeinen, von ihrer überragenden Position gegenüber dem Kleinen einen wirklich umfassenden Gebrauch gemacht haben. Und darin liegt denn am Ende auch der Grund, weshalb selbst über die Verhandlungspunkte, in denen die Schweiz ausgesprochene Erfolge zu verzeichnen hatte, wie in der Freigabe der schweizerischen Guthaben, in der Aufhebung der schwarzen Listen und in der Abweisung der weitgehenden Forderungen Frankreichs in der Goldfrage schließlich eine nur sehr gedämpfte Genugtuung aufkommen will. Und so werden die Verhandlungen von Washington im Lande herum, im Gesamten verstanden, eher eine bittere Erinnerung zurücklassen.

Der Bundesrat hat nunmehr auch den *zweiten und dritten Teil seines Berichtes über die antidemokratischen Umtriebe* veröffentlicht. Zweifellos werden diese Berichte im Parlament noch einiges zu reden

geben; und diese Diskussion mag seinerzeit noch Anlaß zu ausgiebigen Kommentaren bieten. Für heute ist die Behandlung der Berichte durch die Presse, so weit sie in diesen Tagen veröffentlicht wurden, noch nicht in voller Breite erfolgt. Der Grund dafür mag wesentlich auch darin liegen, daß über die kommunistische Gefahr und über die Umtriebe, die sie begründeten und begründen, nicht nur vor dem Kriege, sondern gerade auch während des Krieges im allgemeinen ohne besondere Zurückhaltung gesprochen und geschrieben werden durfte — ganz im Gegensatz zu der Gefahr des Nationalsozialismus und seinen Umtrieben, über die schon vor dem Kriege ein teilweises, während des Krieges aber ein fast völliges Schweigen gebreitet war. Die *fascistischen* Umtriebe wieder, über die nun ebenfalls berichtet wird, sind stets als bedeutend weniger umfangreich und als bedeutend weniger gefährlich angesehen worden als die andern, und diese Ansicht wird in dem nun veröffentlichten Bericht im wesentlichen wohl bestätigt. Von Interesse wäre hier einzig die Bemerkung, daß der Neofaschismus im schweizerischen Bereiche keinen Widerhall fand — und hier möchten wir von uns aus anfügen: ganz im Gegensatz zum *Neonazismus*, worüber bei Gelegenheit noch zu reden sein wird. Dagegen erscheint nun der Charakter und der Umfang der *kommunistischen Gefahr* auf Grund der nunmehr der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Dokumente von besonderer Eindringlichkeit, und es ist gut, daß uns auf diese Weise das ganze Problem, auch wenn viele der einzelnen Tatbestände auch einer weiteren Öffentlichkeit schon bekannt waren, nochmals eindringlich vor Augen gehalten wird. So werden wir wieder erinnert an die Umtriebe der «Roten Hilfe», Sektion der «Internationalen Hilfe» in Moskau, die das Gedächtnis unwillkürlich mit dem spanischen Bürgerkrieg und seinen schweizerischen Mitläufern verbindet; wir erleben ferner nochmals in allen Einzelheiten den Mordfall Reiss in Lausanne, am 7. September 1937, welcher durch Agenten im Dienste der GPU durchgeführt wurde, — wir verfolgen weiter die gewundenen revolutionären Wege der schweizerischen Kommunisten, die zu dem schließlichen Verbot der Zeitungen Nicoles und am Ende zu dem Verbot der Kommunistischen Partei selbst im Jahre 1940 führten, — wir erhalten ferner Kenntnis von der Affäre des Geheimsenders in Genf, der im September 1943 ausgehoben wurde und dem ungarischen Agenten Alexander Rado zur Verfügung stand, der seinerseits Chef einer sowjetrussischen Spionageorganisation in der Schweiz war. In den Gesamtzusammenhang gehören auch die verschiedenen Geheimdruckereien in Basel und Bern, die endlich ebenfalls im Jahre 1943 in die Hand der Bundespolizei fielen. Und dann erleben wir die zunächst illegale Vorbereitung der Gründung der Partei der Arbeit, die sich, wie es in dem Bericht heißt,

«vollständig im Fahrwasser der früheren Kommunistischen Partei bewegt».

Ein ganz besonders eindrückliches Bild wird uns schließlich von der persönlichen Tätigkeit Léon Nicoles entworfen, und wir werden insbesondere hingewiesen auf die

«unübersehbare Schädigung schweizerischer Interessen im Ausland», welche den Radiogrammen zuzuschreiben ist, die Nicole als Korrespondent der Moskauer «Prawda» an diese Zeitung richtete und noch richtet, und worin, neben zahlreichen einzelnen Vorwürfen gegen das eigene Land, immer wieder, durchaus im Stile des Denunzianten, von der «profaschistischen Haltung» unserer Landesregierung die Rede ist. Angesichts des Aufbaus, der zugegebenen Ziele und der Tätigkeit der Partei der Arbeit und ihres Vorsitzenden im besonderen ergibt es sich von selbst, daß der Bericht am Ende nachdrücklich auf die Staatsgefährlichkeit der Bewegung hinweist, welche

«unter günstigen Umständen auch vor einem gewaltsamen Umsturz unserer verfassungsmäßigen Ordnung nicht zurückschrecken» würde. «Die Gefahr wird bei einem Anwachsen der revolutionären kommunistischen Bewegung in andern europäischen Staaten zunehmen». Und der Bericht fährt fort: «Zu höchster Wachsamkeit geben namentlich die Unterstützungen der ausländischen Interessen zum Nachteil der Schweiz Anlaß. Von einem systematischen Zuträgerdienst und einem unaufhörlichen Anschwärzen der Schweiz im Auslande bis zur Gefährdung der Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft im Sinne des Strafgesetzbuches ist nur ein kleiner Schritt. Wie früher bei der Bekämpfung der rechtsextremistischen Umtriebe haben sich jetzt die Strafverfolgungsbehörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden für die Abwehr der Gefahren einzusetzen, die aus der Tätigkeit der Linksextremisten entstehen können».

Man wird diesen Ausführungen des Berichtes kaum etwas hinzufügen wollen. Die Gefahren und die dagegen einzusetzenden Maßnahmen sind eindeutig. Das entscheidende Moment liegt jedenfalls immer wieder in der völligen Abhängigkeit dieser Partei von der Politik einer ausländischen Macht und ihren Zielen, wie sie ja nicht nur bei uns, sondern auch in allen anderen Ländern, wo es kommunistische Parteien gibt, mit restlos überzeugender Klarheit in Erscheinung tritt. Und man weiß aus den Erfahrungen während des vergangenen Krieges, daß die Synchronisierung der kommunistischen Politik in allen Ländern mit den jeweiligen Zielen der Dirigenten in Moskau eine derartige Vollkommenheit erreicht hat, daß sie praktisch alle Schwankungen ohne weiteres und stramm mitmachen muß. Die Verhaltensmaßregeln gegenüber dieser charakteristischen Gefahr ergeben sich

damit von selbst. Es ist gut, daß unser Volk wieder einmal über die Sache und ihre Zusammenhänge unterrichtet wurde.

Wie der Bericht des Bundesrates betont, ist das Ausmaß der Gefahr, die aus den revolutionären Zielen der in die Partei der Arbeit gekleideten kommunistischen Bewegung unseres Landes erwachsen mag, in entscheidendem Maße abhängig von der *allgemeinen politischen Entwicklung* in Europa und in der Welt. Denn für sich allein gesehen ergibt sich, daß die Partei der Arbeit der Schweiz bis heute, auch in den Städten, doch nur über eine recht begrenzte Anhängerschaft verfügt. Nach den Zürcher Wahlen ist diese Tatsache in noch deutlicherem Maße durch die jüngsten Wahlen im Kanton Bern bestätigt worden. Was aber die allgemeine Entwicklung über den Grenzen betrifft, so erscheint seit geraumer Zeit eine gewisse Reaktion gegen die kommunistische Flutwelle, wenigstens im Westen Europas, immer bestimmter erkennbar. Vor einem Jahr noch schienen den Kommunisten fast überall die Tore weit geöffnet, und sie sahen sich durchaus in der Lage, in allen Ländern einen schönen Teil des Ruhmes in Anspruch zu nehmen, der von den großen Siegen der Sowjetarmeen mit Recht ausgegangen war. Außerdem konnten sie mit einigen Gründen auf die Leistungen verweisen, die sie in den Ländern, welche die feindliche Okkupation zu erdulden hatten, in der Widerstandsbewegung vollbracht haben. Inzwischen aber hat sich das Bild doch nicht unwesentlich geändert. An die Stelle der aufrichtigen Begeisterung der Welt über die großen Leistungen der Roten Armee beginnt allgemein das Mißbehagen über die russische Expansionspolitik zu treten. Dadurch ist eine Reaktion ausgelöst worden, die nicht zu unterschätzen ist, und vielleicht ist es schon so, wie eine schweizerische Wochenzeitung kürzlich schrieb: es gehe eine konservative und anti-kommunistische Grundwelle über die Welt. In Italien sind, so konnte man lesen, vor kurzem überlebende Soldaten aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrt, und an die Eisenbahnwagen schrieben sie die Worte: «Mütter, glaubt euren Söhnen, die erfahren haben, wie es gemeint ist». Man hat daraufhin kommunistische Parteilokale gestürmt. Interessanterweise spielt sich im übrigen die Auseinandersetzung vorerst in der Hauptsache weniger zwischen den Kommunisten und den Bürgerlichen, sondern zwischen den Kommunisten und den Sozialisten aller Länder ab — begreiflich, wenn man sich der tiefen Einbrüche bewußt ist, die den Kommunisten bereits überall, und hauptsächlich im gewerkschaftlichen Sektor, in das Gefüge der Sozialdemokraten gelungen sind. Und die Abwehrreaktion der Sozialisten zeigt sich nun vorerst darin, daß allenthalben die Einheitsmanöver der Kommunisten auf scharfen Widerstand stoßen. Auf den sozialistischen Parteitag der Italiener in Florenz, der sich nach heftigen Auseinandersetzungen mit der starken radikalen Gruppe zu einem ge-

mäßigsten Kurs bekannte, folgen sich fast täglich die Beschlüsse zahlreicher lokaler Organisationen der britischen Labourpartei, welche alle die Fusionsgedanken der Kommunisten resolut zurückweisen. Andererseits werden die Bestrebungen auf internationalen Zusammenschluß der sozialistischen Gruppen, mit deutlicher Spitze gegen die Kommunisten, immer mehr verstärkt. Hier wäre aus der jüngsten Zeit u. a. zu verweisen auf die Internationale Sozialistenkonferenz in Clacton-on-Sea, über die beispielsweise folgender interessanter Passus gemeldet wurde:

«Völlig abgelehnt wurde dagegen der Versuch der französischen Sozialisten, das Spanienproblem auf die Tagesordnung zu setzen. Es wurde den Franzosen ziemlich unverhohlen erklärt, daß die Art und Weise, mit der in Frankreich heute die Spanienfrage behandelt werde, einen zu starken kommunistischen Einfluß erkennen lasse, als daß man bereit sei, die Frage jetzt schon ernsthaft zu erörtern».

An der Tagung der «Internationalen Transportarbeiter-Föderation», die kürzlich in Zürich stattfand, wurde die Frage des Anschlusses an den Weltgewerkschaftsbund, in dem die Sowjetunion und die Gruppe der kleineren östlichen Länder stark vertreten sind, vorläufig zurückgestellt.

Die Kommunisten selbst sind sich der Gegenströmung anscheinend wohl bewußt, und sie greifen, um mit ihr fertig zu werden, in jüngster Zeit verstärkt zu dem bewährten Mittel, sich nationalistisch zu geben. So hat beispielsweise der Führer der griechischen kommunistischen Partei neuerdings erklärt,

die EAM unterstütze vorbehaltlos die griechischen Gebietsforderungen, welche vom griechischen Außenminister der Außenministerkonferenz in Paris unterbreitet wurden. Es handelt sich um Nordepirus im Besitze Albaniens, um den bisher italienischen Dodekanes und um bestimmte bulgarische Gebiete der bulgarisch-griechischen Grenze entlang.

Immerhin hat diese neue nationale Strömung offenbar einen besonderen Charakter, wenn man darüber weiter liest:

Die EAM gehe aber über die offiziellen griechischen Forderungen hinaus und verlange auch die Abtretung von Cypern und Ostthrazien an Griechenland.

Aus diesem verhältnismäßig kleinen Beispiel mag man ersehen, daß diese neueste kommunistische Schwenkung — der italienische Ministerpräsident De Gasperi nannte die Kommunisten kürzlich «die neo-nationalistische Partei» — eben doch mit allen Vorbehalten aufzunehmen ist. Dabei sind die Direktiven unverkennbar. Und gerade darin liegt ja einer der Hauptgründe, die letzten Endes für das andauernde und immer deutlicher betätigte Mißtrauen der internatio-

nen Sozialisten gegenüber den Kommunisten entscheidend sind: die absolute Unsicherheit über die Politik, die am Ende in Moskau, von dem die Kommunisten überall so vollendet abhängen, getrieben wird. Léon Blum hat einmal über Marschall Pétain ein Wort gesprochen, das er wohl ebenso über den größeren Marschall in Moskau sagen würde:

«Je ne connais pas le maréchal, il y a en lui un mystère que je ne puis pénétrer».

Gilt es so, die schweizerische kommunistische Bewegung im Zusammenhang mit den Entwicklungen außerhalb unserer Grenzen stets fest im Auge zu behalten und gegen die in ihr liegenden Gefahren ständig gewappnet zu sein, so darf von Seiten des Bürgertums deswegen keineswegs etwa der Kampf wider den alten Gegner, *die Sozialdemokratie*, vernachlässigt werden, nur weil diese nun, durch die Umstände gezwungen, ebenfalls gegen den Kommunismus Front macht. Denn die Sozialdemokratie denkt nicht daran, diesen Kampf etwa für das Bürgertum zu führen. Sie verteidigt zwar auf internationalem Boden die Grundsätze des demokratischen Sozialismus gegen den autokratischen oder totalitären Sozialismus, wie er im wesentlichen den kommunistischen Zielen entspricht. Wie aber dieser demokratische Sozialismus gemeint ist, und welche Absichten er in letzter Linie verfolgt, das ist nun freilich unseren sozialistischen Parteiblättern täglich mit völliger Deutlichkeit zu entnehmen. Darüber möge sich niemand täuschen: man will nicht nur nach wie vor die völlige Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung, sondern man will sie sogar in bedeutend verstärktem Maße, seitdem in den großen Ländern des europäischen Ostens und des europäischen Westens die Verstaatlichungswelle so mächtig eingesetzt hat. Und was die Schweiz betrifft, so ist man sich zwar auf der sozialdemokratischen Seite der überwiegend ablehnenden Einstellung unseres Volkes zu solchen Plänen wohl bewußt, und deshalb versucht man unablässig, den Druck der internationalen Strömung zur Überwindung dieses Widerstandes einzuspannen. Wie der praktische Weg zur Erreichung der großen Ziele verlaufen soll, darüber scheinen sich freilich weite Kreise unserer Sozialisten selbst noch keineswegs im Klaren zu sein. Daß aber der Kampf gegen die freie Wirtschaft auf breiter Front und am Ende mit allen Mitteln durchgeführt werden soll, steht fest. Auch wird man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß bei aller Ablehnung der kommunistischen Methode die Ziele am Ende ja doch die gleichen sind: wer die ständige Verherrlichung der Errungenschaften der russischen Revolution in unserer sozialdemokratischen Presse verfolgt, weiß darüber Bescheid. Um ihre Pläne möglichst eingängig zu gestalten, haben die Sozialisten ein neues Schlagwort geprägt, nämlich die «Demokratisierung der Wirtschaft». Das also,

was die Moskauer Propaganda täglich breittritt, daß ihr Streben auf die Einführung einer «wahren Demokratie» in allen Ländern gerichtet sei, übernehmen nun unsere Sozialisten aus dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt, nachdem es in der Schweiz bekanntlich im Bezug auf die politische Demokratie nichts mehr zu fordern gibt. Diese «Demokratisierung der Wirtschaft» bedeutet nun kurzerhand die Einführung der Gemeinwirtschaft in allen wesentlichen Zweigen, vor allem aber im Versicherungs- und Kreditwesen. In sehr geschickter Weise wird von den führenden Publizisten unserer Sozialdemokratie dabei die Sorge vor einem dritten Weltkrieg oder das Denken in diesem Zusammenhang indirekt den eigenen Zwecken dienstbar gemacht, und die Konstruktion sieht dann so aus (H. Vogel in der «Berner Tagwacht»):

«Der Sozialismus ist auf dem Marsch, selbst dort, wo Wahlresultate dagegen zu sprechen scheinen, und wo er nicht die Formen der russischen Revolution annimmt, da zwingen die Verhältnisse doch zu Verstaatlichungs- und Sozialisierungsmaßnahmen, zur Verstaatlichung und Sozialisierung der Wirtschaft, weil, wie jetzt in den Vereinigten Staaten, die großen Streiks Wunden am Wirtschaftskörper aufdecken, die mit bloßen Pflästerchen auf die Dauer nicht mehr zu heilen sind. Sie werden immer wieder aufbrechen, bis die Überzeugung siegt, daß die Staatsnotwendigkeit und das gesellschaftliche Bedürfnis zwingend die Vergesellschaftung aller großen Wirtschaftszweige erfordern. In diesem «Krieg» befindet sich heute die Welt, mehr als im «dritten Weltkrieg», wobei allerdings die teuflischen Versuche, die große Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch neue Wellen von Faschismen und Nationalismen abermals zu verhindern, bereits unheimlich aktiv geworden sind und zu größter Wachsamkeit nötigen».

Und in der «Nation» gibt Jakob Bühler kurzerhand der Ansicht Ausdruck, daß die Schweiz, wenn sie sich mit den andern Völkern an einen Tisch setzen wolle, zuerst ihren Staat umzubauen habe — durch die Einführung der Staatskontrolle des Geldes und des Kredites.

Man sieht also, die Pläne der Sozialdemokraten sind auch in unserem Lande recht weit gespannt, und es ist gut, wenn das Bürgertum und die liberalen Kräfte nicht nur wachsam sind gegenüber der kommunistischen Gefahr, sondern ihre dringliche Aufgabe in diesem entscheidenden Sektor andauernd fest im Auge behalten.